

extraDrei?

Einen Zeitungstitel erklärt man nicht. Er ist gelungen oder weniger gelungen, treffend oder weniger treffend. Die Akzeptanz der kommenden Monate wird es zeigen. Aber: Drei Zeitungen der PDS haben in drei Bezirken über ein bewegtes Jahrzehnt hinweg Leserinnen und Leser informiert. Sie alle haben sich im vergangenen Jahr bei ihrem Publikum verabschiedet, ohne aufzuklären, was sich anschließt. Deshalb soll an dieser Stelle ein Wort dazu verloren werden. Die „Drei“ steht für die Bezirke, die seit Jahresbeginn in einer Verwaltungseinheit zusammengefasst sind. „Extra“ sind sie genau so, wie sie seit 1920 begonnen haben, ihr bezirkliches Eigenleben zu entwickeln, welches durch die Bezirksgebietsreform nicht untergepflügt und nivelliert werden darf.

Mit extraDrei präsentiert sich die neue Zeitung der PDS im Fusionsbezirk. Nicht nur ihr Erscheinungsbild ist neu. Im Focus des Blattes steht der neue Großbezirk, der mehr als „nur“ die Summe der drei Altbezirke ist. Dies wird andere Akzente erfordern, neue Perspektiven eröffnen. Aber eines bleibt: In der PDS-Bezirkszeitung wird man weiterhin vieles erfahren, was sich nicht in einer Tageszeitung lesen lässt. extraDrei wird kein Mitteilungsblatt der Vorstände sein. Wir machen ein lebendiges Medium für alle, die sich für lokale Politik, insbesondere von links, interessieren. Die Redaktion wird weiterhin offen für die Mitarbeit der Leserschaft sein. Last not least: Die Auflage von extraDrei wird ausreichen, um jedem und jeder Interessierten auch zukünftig die Lektüre des Neuen anstelle des Gewohnten zu ermöglichen. So sind wir guten Mutes, in extraDrei eine Anknüpfung an das Bekannte präsentieren zu können, in der sich die Stärken von Pankower Spiegel, Prenzlberger und Weissensee transparent wiederfinden.

Wem sich angesichts des Zeitungstitels dennoch die Assoziation zum Zuckergehalt von Sekt aufdrängt: extra trocken soll hier bestenfalls der Humor sein. Außerdem garantieren wir einen geistigen Gehalt in dieser Zeitung, der die „Prozente“ einer Flasche Sekt erheblich übersteigen wird. A propos Sekt. Bevor bei uns anlässlich des Erscheinens von extraDrei die Korken knallen, wollen wir es nicht unterlassen, allen Leserinnen und Lesern ein gutes neues Jahrtausend zu wünschen.

BWV-Report

Mit der Sondersitzung am 29.11.2000 und mit der III. Tagung am 6.12.2000 hat die Bezirksverordnetenversammlung den Start des Fusionsbezirks vorbereitet.

Sie hat 15 Ausschüsse gebildet, 11 davon auf 15 Mitglieder (darunter 4 Bürgerdeputierte) und vier auf 13 Mitglieder (ohne Bürgerdeputierte) ausgelegt. Die Zahl 15 ergibt sich aus dem gesetzlichen Aufteilungsmodus, der die Zahl der Ausschussmitglieder im Proporz zu den Fraktionsstärken sichern soll. Danach erhalten die PDS sechs Sitze, die CDU vier, SPD drei und Bündnis

90 / Die Grünen zwei Sitze in jedem Ausschuss mit 15 Mitgliedern. Die Zahl 13 ist per BVV-Beschluss festgelegt.

Zwischenzeitlich haben sich die Ausschüsse konstituiert. In sechs Ausschüssen wird der Vorsitz von Angehörigen der PDS-Fraktion wahrgenommen: Christina Pfaff (Gleichstellung und Migration), Almuth Nehring-Venus (Wirtschaft), Dr. Wolfgang Bey (Personal und Verwaltung), Erich Wetzl (Verkehr), Joachim Hildenstein (Soziales) und Thomas Fritsche (Bürgerbeteiligung, Eingaben und Geschäftsordnung).

Als Bürgerdeputierte für den Jugendhilfeausschuss wurden gewählt: Carmen Urrutia (58 Stimmen), Thomas Sonnenburg (46), Per-Michael Spiegel (41), Maria Pfennig (38), Renate Stark (37) und Heidemarie Depil (32). Stellvertretende Bürgerdeputierte sind Dirk Lashlee, Christian Wende, Norbert Zander, Dieter Lemke, Matthias Goy und Sabina Pohl.

Im Konsens, d.h. ohne Debatte wurde der SPD-Antrag „Kranken-

hauskonferenzen“ beschlossen. Danach bleiben die drei Krankenhauskonferenzen der Fusionsbezirke über den 1.1.2001 bis „zur Klärung der rechtlichen Gegebenheiten“ bestehen.

In Anbetracht der Proteste im Prenzlauer Berg ist das Bezirksamt des Fusionsbezirks aufgefordert worden, eine Planungsentscheidung zu den Schulschließungen bis März 2001 zu treffen. Der Antrag dazu kam von den Bündnisgrünen, die auch den von der PDS eingebrachten Änderungsantrag übernahmen. Katrin Maillefert (PDS) begründete den Antrag (siehe S. 6).

Die Namensfindung für den Großbezirk Pankow ist in einem mehrstufigen Verfahren erfolgt.

In der ersten Stufe standen neun Namen zur Auswahl und jeder Verordnete konnte maximal sechs davon wählen. In der zweiten Stufe waren aus sechs Namen vier auszuwählen, in der dritten Stufe zwei aus vier. Zu den zwei verbliebenen Vorschlägen wurde dann eine namentliche Abstimmung durchgeführt.

Ergebnisse in den einzelnen Stufen

Namensvorschlag	1. Stufe	2. Stufe	3. Stufe	4. Stufe
Barnim	3			
Dritter Bezirk	48	45	42	37
Kollwitzbezirk	0			
Nordost	12	7		
Pankow	46	49	48	42
Prenzlauer Berg	10	11	11	
Schönhausen	30	25	19	
Spitze	3			
Weißensee	10	6		

Impressum

Herausgeber: Bezirksvorstand der PDS-Berlin Drei

V.i.S.d.P.: Gernot Klemm

extraDrei ist Nachfolgerin der Bezirkszeitungen Pankow Spiegel, Prenzlberger und Weissensee transparent

Druck: double express

Redaktionsschluß: 17. Januar 2001

Auflage: 18.000

extraDrei wird durch Spenden finanziert. Wir bitten das Blatt nach dem Lesen weiterzugeben.

Die Redaktion arbeitet ehrenamtlich.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt.

Wo wir sind

Bezirksverband der PDS Berlin III

Geschäftsstelle „PDS-Laden im Dritten“

Kopenhagener Straße 76 in 10437 Berlin – Tel 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

Montag bis Donnerstag 13-18.30 Uhr und nach Vereinbarung

Mail: vorstand@pds-berlin-drei.de – <http://www.pds-berlin-drei.de>

Kiezbüro Pankow

Wolfshagener Straße 56 in 13187 Berlin – Tel 47 53 85 18 / Fax 47 47 47 99

Montag bis Freitag 14-18 Uhr und nach Vereinbarung

Kiezbüro Weißensee „Treffpunkt Links“

Pistoriusstraße 24 in 13086 Berlin – Tel 9 25 31 33 / Fax 96 20 30 09

Montag bis Donnerstag 14-17 Uhr und nach Vereinbarung

Fraktion der PDS in der Bezirksverordnetenversammlung

Fröbelstraße 17 (Haus 7) in 10400 Berlin – Tel 42 40 10 08 / Fax 42 40 25 19

Mail: fraktion@pds-berlin-drei.de

Zur Diskussion um den Namen des Großbezirkes

Nomen est Omen – oder Schall und Rauch?

Debatten um politische Symbole und um symbolische Politik leiden offenbar unvermeidlich an massiven Störungen der Ratio durch Emotionen und Befindlichkeiten. Deshalb eingangs der Appell: Lassen wir die Kirche im Dorf, ob es nun Pankow, Buchholz oder Karow heißt. Ganz zu schweigen von den vielen Kirchen im widerspenstigen Bergdorf um die Allee nach Prenzlau.

Das bedeutet auch festzuhalten: Die PDS hat diesen Bock nicht geschossen. – Aber wir haben die Möglichkeit vertan, diese nachhaltige politische Fehlleistung abzuwenden. Das ist eine bestimmte politische Verantwortung, die uns nicht leichter wird dadurch, dass wir auf die eigentlich Verantwortlichen von CDU und SPD verweisen.

Namen sind auch Schall und Rauch. Aber, Nomen ist auch Omen, ist Zeichen, An- und Vorzeichen. Der Beschluss der BVV über

den Namen für den neuen 3. Bezirk von Berlin ist ein politischer Fehlgriff. Nicht der Name „Pankow“ ist das Problem, sondern die Art und Weise und das Prinzip der Namensgebung ist das Fatale. „Prenzlauer Berg“ oder „Weißensee“ wären als Namen für den Großbezirk nicht weniger falsch.

Die PDS hat die sogenannte Gebietsreform als bürokratische Sturzgeburt von oben abgelehnt und bekämpft. Sie hat in diesem wie anderen Fällen darauf bestanden, dass derartige Strukturreformen, sofern sie sinnvoll und erstrebenswert sind, von unten unter aktiver Mitwirkung der Bürger wachsen müssen. So nachgeordnet die Frage des Namens für den neuen Verwaltungsbezirk im Berliner Nordosten erscheint – so sehr ist der Beschluss der BVV geeignet, zu einem Omen für falsche Politik und damit zu einer zusätzlichen Belastung zu werden.

Der bürokratischen Sturzgeburt wäre ein technokratischer Verwaltungsname angemessen. Wenn der neue Bezirk eine eigenständige kommunale Identität ausgebildet haben wird, dann und erst dann wäre die Zeit gekommen, ihm einen Namen zu geben, der diese Identität benennt.

Der Name „Pankow“ ist aber darüber hinaus auch ein fatales politisches Omen, weil CDU und SPD mit diesem Nomen auch ein konservatives, (klein)bürgerliches Leitbild von Urbanität für den neuen Großbezirk verbinden.

Die PDS hat also allen Grund, öffentlich deutlich zu machen, dass sie diese neuerliche Zumutung über die Köpfe der Bürger hinweg ablehnt. Dabei sollten wir selbstbewusst darauf bestehen, dass zur Politikfähigkeit auch die Fähigkeit und der Mut gehören, politische Fehlleistungen zu korrigieren.

Michail Nelken (MDA)

Pankow,
Dritter Bezirk,
Nordost
– oder wie?

Über Namen kann man trefflich streiten...

Im Prenzlauer Berg werden Unterschriften gesammelt. Nicht gegen die Bildung des Bezirksmonsters Pankow/Prenzlauer Berg/Weißensee; da hätte man ohnehin früher aufwachen müssen. Es geht gegen den Namen, den ihm die Bezirksverordnetenversammlung gab: Pankow. Das war nun allerdings die größtmögliche Dummheit. Vor Tisch war man sich einig, dass der neue Bezirk jeden erdenkbaren Namen haben könnte, bloß nicht den eines der Altbezirke. Es sollten keine Gefühle verletzt werden. Zum Schluss aber meinte offenbar eine Mehrheit der BVV, „Bezirk Pankow“ sei die feinere Adresse für Investoren und Immobilienmakler. Oder aber dieser Name wäre immer noch heimeliger als der von der PDS favorisierte Dritte Bezirk.

Jeder Name wäre besser gewesen als gerade Pankow. Selbst Prenzlauer Berg. Er hätte weniger Pro-

test ausgelöst, denn viele Einwohner des ehemaligen Bezirks Pankow haben längst die Erfahrung hinter sich, dass das Amt, das ihre kommunalen Angelegenheiten verwaltet, auch anders heißen kann als der Ortsteil, in dem sie leben.

Nicht viel besser die Ansicht, dass ein bürokratisch entstandenes Gebilde unbedingt bürokratisch zu kennzeichnen sei, also mit einer Nummer und keineswegs mit einem landschaftlich oder historisch geprägten Namen. Die Bezirke wurden nicht zuerst aus bürokratischen Gründen fusioniert, sondern vor allem aus zentralistischen, also machtpolitischen Gründen. Dagegen hilft nicht Namensstreit, sondern Streit für mehr Demokratie.

Nichts dagegen, den Namen doch noch zu ändern. Bloß eine Bedingung: Die Bezirksverordnetenversammlung, der das obliegt, sollte darüber nicht versäumen, möglichst

rasch in den wesentlichen Fragen zu Stuhle zu kommen.

Die Minimierung des Aufwandes, mit dem ein Bürger an die Amtsstelle herankommt, mit der er etwas abzumachen hat, ist noch die einfachste davon. Regelungen, die eine möglichst enge Verbindung von Bürgerkompetenz und Bürgerinteressen bis ins Bezirksamt schaffen, statt der im Großbezirk zu befürchtenden größeren Distanz – die dürften schon schwieriger sein. Beispielsweise Ortsteilvertretungen berufener Bürger, wie wir sie in der Partnerstadt Kolobrzeg des alten Bezirks Pankow kennen lernten. Und dann die Frage, welchen Rang und welches Mitspracherecht denn ein Bezirk mit ungefähr 300.000 Seelen in der Berliner Politik haben sollte! Im Moment jedenfalls Fehlanzeige.

Nun ja, solange wir so schön mit Namensstreit beschäftigt sind, ist das wohl kein Thema. *Hans Schuster*



26.868
Arbeitslose im
Großbezirk
(Dezember 2000)

Große Armut im großen Bezirk

Auf dem Basistag der PDS Berlin III hat Hans-Lothar Pones einen bemerkenswerten Beitrag geleistet. Im Prenzlauer Berg war er über Jahre als sachlicher und sachkundiger Begleiter der bezirklichen Kommunalpolitik bekannt und geachtet. Die Wirtschaftskonferenz der PDS Prenzlauer Berg „Fehlende Arbeitsplätze im Prenzlauer Berg und die Strukturkrise des Kapitalismus“ (April 1995) und die Anhörung der PDS-Fraktion „Armut und Ausgrenzung im Prenzlauer Berg“ (September 1998) tragen seine Handschrift. Im Folgenden drucken wir seine Diskussionsrede im vollen Wortlaut ab.

Ein notwendiger Schwerpunkt der kommunalpolitischen Arbeit

Wenn wir über Schwerpunkte der kommunalpolitischen Arbeit im neuen Großbezirk III sprechen, dann gehört unbedingt dazu, die Armut eines wachsenden Teils der Bevölkerung wahrzunehmen, darauf aufmerksam zu machen und Initiativen zur Linderung dieser Not zu unterstützen.

Im Prenzlauer Berg hat sich die PDS-Fraktion gemeinsam mit karitativen Verbänden und Einrichtungen mehrfach mit diesen Problemen beschäftigt und ist unter anderem dafür eingetreten, die Unterstützung der Arbeit freier Träger auch unter komplizierter werdenden Finanzbedingungen zu erhalten. Leider nur

mit Teilerfolgen. In Weißensee und Pankow mag diese Problematik vielleicht nicht als so drückend empfunden worden sein. Ich möchte sagen, sie verdient auch im neuen Großbezirk ernsthafte Beschäftigung der Kommunalpolitiker. Die PDS-Fraktion sollte dazu immer wieder anstoßen.

Aus der Sozialberichterstattung 1999 des Statistischen Landesamtes gehen – kurz gesagt – folgende Ergebnisse hervor:

1. In Berlin ist die Anzahl der Empfänger(innen) laufender Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen – so der amtliche Titel für Sozialhilfeempfänger(innen) – gegenüber 1997 um 1,6% gestiegen. Im neuen Großbezirk III ist sie überproportional um 11% angewachsen (Prenzlauer Berg 7,3%, Pankow 9,1%, Weißensee mehr als 31%).

2. In den entscheidenden Problemfeldern der Sozialhilfebedürftigkeit, nämlich Langzeitarbeitslosigkeit und Kinderarmut in Haushalten mit geringem Einkommen, hat sich die Situation in Berlin nicht entspannt sondern verschärft.

35% aller Sozialhilfeempfänger(innen) in Berlin sind arbeitslos. Es sind diejenigen, die durch das soziale Netz der Arbeitslosenunterstützung und -hilfe gefallen sind. Im neuen Großbezirk III stieg die Anzahl arbeitsloser Sozialhilfeempfänger gegenüber 1997 wiederum

überproportional, nämlich um 19% (Berlin 6,3%, Prenzlauer Berg 7,3%, Pankow 9,1% und Weißensee um 8%).

Ein besonders ernstes Problem ist die große Zahl sozialhilfebedürftiger Kinder und Jugendlicher. Auf je 1.000 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre entfallen in Prenzlauer Berg 144 sozialhilfebedürftige, in Pankow 124 und in Weißensee 90. Das sind zwar längst nicht so viele wie in Kreuzberg, Wedding oder Tiergarten, aber ihre Anzahl ist eben auch im Großbezirk III angestiegen, und rund drei Viertel dieser sozialhilfebedürftiger Kinder und Jugendlichen leben in Haushalten von Alleinerziehenden.

Ich meine, das sind Gründe, die neue BVV und das Bezirksamt für diese Probleme zu sensibilisieren und auf diesem Gebiet der Rotstiftpolitik des Senats entgegen zu wirken. Auf keinen Fall teile ich die Auffassung einiger konservativer Politiker, die meinen, mit dem Sozialhilfegesetz sei dieses Problem hinlänglich gelöst. Im übrigen sind Sozialhilfeempfänger(innen) nur ein Indiz für die Existenz sozialer Not. Im Dunkeln bleiben zahlreiche Fälle, die den Normen des Sozialhilfegesetzes nicht entsprechen, aber dennoch echte Notsituationen darstellen. Und es sind gerade die karitativen Einrichtungen, die solche Situationen aufdecken und dort auch zu helfen bemüht sind.



Aktionswochen zu Polen

Das Umweltbüro Weißensee des Bezirksamtes in der Pistoriusstraße 17 und die „Gesellschaft für gute Nachbarschaft mit Polen e.V.“ veranstalten bis zum 28.2.01 Aktionswochen zu unserem Nachbarland, deren Kern die Grafikausstellung des Künstlers Wladyslaw Pietruk mit dem Titel „Landschaften und Stadtansichten aus Ostpolen“ ist.

Diese Ausstellung bezieht sich auf die reizvolle Landschaft um Bialystok, zeigt aber auch die typische Architektur der Häuser und Kirchen. So war der Rahmen leicht zu stecken zwischen Vorträgen zu Natur und Umwelt über Kultur und Historie bis hin zu persönlichen Eindrücken, vorgetragen von Schriftstellern aus ihren eigenen Büchern.

Wie die Patienten im Großbezirk betreut werden

Gesundheitsstandorte im Fusionsbezirk

Betrachtet man den Gesundheitsbegriff im weitesten Sinne, so müsste man über alle Orte sprechen, die dem physischen und psychischen Wohlbefinden des Menschen dienen. Hier geht es lediglich um Orte zur Wiederherstellung der Gesundheit, zur stationären, teilstationären und ambulanten Behandlung, also um Krankenhäuser, Tageskliniken, Gesundheitszentren, niedergelassene Ärzte und Therapeuten.

Eine enge Verknüpfung dieser Angebote zugunsten einer nahtlosen Patientenbetreuung fordert die PDS. Das hat sich übrigens auch die Senatskoalition auf ihre Fahnen geschrieben – ein weiter Weg, auf dem es Rückschritte zu verhindern gilt und partielle stationäre – ambulante Kooperationsstrukturen weiter auszubauen sind.

In den Bezirken Pankow und Reinickendorf, die zusammen die Region Nord als eine der sechs Versorgungsregionen des Landeskrankenhausplanes bilden, gibt es traditionell ein hochspezialisiertes Krankenhausspektrum in städtischer, freigemeinnütziger und privater Trägerschaft. Nach dem quantitativen Maßstab – Betten pro Kopf der Bevölkerung – sind Betten planmäßig zu reduzieren.

Unter fachlichem Aspekt ist der regionale Versorgungsgrad im Krankenhausplan aber lediglich für wenige Disziplinen von Interesse, so für die

■ **Psychiatrie:** Das St. Josephs-Krankenhaus in der Weißenseer Gartenstraße hat den stationären psychiatrischen Versorgungsauftrag für unseren gesamten Bezirk und arbeitet eng mit den Anbietern der vorrangigen ambulanten Versorgung – Projekten freier Träger, die durch das Bezirksamt finanziert werden – zusammen.

■ **Geriatric:** Akutklinik im Klinikum Buch und MEDIAN Klinik für Geriatric Rehabilitation

■ **Krankenhäuser der Grund- und Regelversorgung:** Caritas-Kliniken

Pankow, Krankenhaus Prenzlauer Berg, priv. Parkklinik Weißensee.

Für die Kinder- und Jugendheilkunde z.B. gilt dieses trotz der offensichtlich notwendigen wohnortnahen Versorgung nicht. So ist für diese Fachkliniken, die derzeit eine ausreichende spezialisierte Versorgung im Klinikum Buch wahrnehmen, im Krankenhausplan eine empfindliche Reduktion vorgesehen.

Das – noch städtische – Klinikum Buch arbeitet auch aufgrund seiner Fächervielfalt als ein Schwerpunkt-Krankenhaus der Unfallversorgung. Es bildet zusammen mit anderen Kliniken – z.B. Robert-Rössle-Klinik (Charité), Fachkrankenhaus für Lungen- und Thoraxchirurgie (Diakonie) – ein Tumorzentrum e.V. Eine weitere Besonderheit besteht auch darin, dass die Krankenhauspoliklinik nicht aufgelöst, sondern den gesundheitlich sozialen Zentren zugeordnet wurde. Ziel ist es, diese kooperative Qualität auch bei Trägerwechsel zu erhalten, wie es z.B. auch der Rheumaklinik (Immanuel-Krankenhaus GmbH) mit ihrer Dispensairebehandlung für Rheumakranke gelungen ist.

Eine kurze Bemerkung zum Trägerwechsel der städtischen Häuser. Die PDS konnte sich mit dem Vorschlag „Anstalt öffentlichen Rechts“ – von dem sie sich einen weitergehenden öffentlichen Einfluss versprach – nicht durchsetzen; das Krankenhaus Prenzlauer Berg gehört nunmehr der Netzwerk Gesundheit Berlin GmbH an und für das Klinikum Buch und die Bucher Universitätskliniken wird ein privater Betreiber gesucht, der auch bereit ist, einen Neubau ohne Inanspruchnahme öffentlicher Finanzmittel zu errichten. In den neuen Rechtsformen sollen die Krankenhäuser anschließend wirtschaftlicher arbeiten. Dabei soll die Beschäftigungssicherungsvereinbarung eingehalten werden, die aber natürlich auch was kostet! Auch das restriktive Vorgehen der Krankenkassen

bei Festlegung des Krankenhausbudgets wird bleiben, die Kompetenzen bei Grundstücksgeschäften sind noch geteilt...

Die Zukunft wird zeigen, ob auf diesem Wege eine effiziente und dabei auch qualitätvolle Patientenversorgung möglich ist.



Gisela Grunwald (hier auf einer Kundgebung zur Rettung des Klinikums Buch 1998, als Bürgermeisterin des Bezirks Pankow)

Abschließend sollen noch zwei besondere Aktivitäten für Netzwerkstrukturen erwähnt werden:

■ **Akteure der Gesundheits-, Forschungs- und Technologieeinrichtungen am Standort Buch** haben den Verein Gesundheitsregion Berlin-Buch e.V. gegründet, um Strukturkonzepte für die bessere Nutzung innovativer Ressourcen zu erarbeiten. Auch nach einer Niederlage werden sie einen erneuten Antrag auf Bundesförderung im Rahmen des Innoregiowettbewerbes stellen.

■ Die Koordinierungsstelle für ambulante Rehabilitation älterer Menschen (Albatros e.V.) erarbeitet seit dem vorigen Jahr im Rahmen eines Bundesmodellprojektes „Netzwerk im Alter“ ein verbindliches Abstimmungs- und Steuerungssystem ambulanter, teilstationärer und stationärer Hilfen für behandlungs-, hilfs- und pflegebedürftige Senioren, übrigens von Anfang an in den Dimensionen des neuen Großbezirkes.

Gisela Grunwald

Schulschluss 2001

Licht aus in Schulen des Fusionsbezirkes

Schulstruktur und Schulnetzplanung sind Felder, in denen den Bezirken Entscheidungskompetenzen verblieben sind. Nicht von ungefähr: Schulen stehen im Focus öffentlichen Interesses. Die Entwicklung der Schülerzahlen schafft zunehmend Druck zur Schließung von Schulen – im Altbezirk Prenzlauer Berg ein bekanntes Problem. Allerdings auch ein Problem, welches den neuen Fusionsbezirk in Gänze trifft. Die Schulpolitikerinnen Katrin Maillefert und Rita Böttcher, die der BVV des neuen Bezirkes angehören, haben die Problemlagen analysiert.

Die Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes hat es vorausgesagt, auch in diesem Jahr werden

Protestschreiben von Elterninitiativen z.B. aus der Odense-Grundschule überreicht. Innerhalb von wenigen Tagen stapelte sich die Post.

Die Sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses im November 2000 erlebte eine beeindruckende Eltern-, SchülerInnen- und LehrerInnen demonstration. Der verantwortliche Stadtrat Burkhard Kleinert und der Schulumtsleiter Herr Gapp stellten die Positionen und die Handlungen des Bezirksamtes dar. Es seien alle Gremien befragt und in Kenntnis gesetzt worden, so dass das Verfahren für den BA-Beschluss zur Schließung der Schulen eröffnet werden kann. Unterlegt wurde diese Argumentation mit dem erwarteten und weiter prognostizierten Rückgang der Schülerzahlen sowie der Gesetzgebung des Landes Berlin, das Klassenstärken und die Klassenzügigkeit vorgibt.

Die Betroffenen kritisierten den Zuschnitt der Einzugsbereiche, die schlechte Information durch die Verwaltung, die Nichtberücksichtigung der Qualität der Schulen, und auch die Einbeziehung benachbarter Schulen in Pankow und Weißensee sei bisher nicht berücksichtigt. An dieser Stelle zeigte sich, dass es nicht reicht, Konzepte auf den verwaltungstechnischen Weg zu bringen; die Betroffenen müssen mitgenommen und das Handeln der Verwaltung muss für alle durchschaubar gestaltet werden. Die Ausschusssitzung wurde zu einer regen Meinungsäußerung von SchülerInnen, Eltern und Schulleitern. Zu einer sachlichen Diskussion der Vorlage des Bezirksamtes kam es jedoch nicht. Für den Dezember wurde deshalb eine Sonder-sitzung des Ausschusses zu dieser Problematik beschlossen. Die Zeit bis zu dieser Tagung nutzten die verschiedenen Elterninitiativen für weitere Aktivitäten. Besonders massive Kritik wurde von der 17. Grundschule „Paul Lincke“ neben zahlreichen Protestbriefen auch in der Presse geäußert. So ist doch die

Grundschule am Pieskower Weg mit fast 450 SchülerInnen die zweitgrößte ihrer Art im Bezirk. Sie besitzt Sprachheilklassen und macht mit ihrer Musikbetonung dem Namenspatron und Komponisten volkstümlicher Berliner Lieder alle Ehre.

Burkhard Kleinert nahm am 28. November 2000 an einer gutbesuchten Podiumsdiskussion, zu der die Gesamtelternvertretung eingeladen hatte, teil. Während dieser Diskussion wurde die Idee der Fusion der 17. und 16. Grundschule diskutiert. Das rechtliche Verfahren zur „Zusammenführung“ beider Grundschulen muss jedoch noch abgeklärt werden. Die Eltern und Lehrer bestanden auf Rahmenbedingungen, die unter anderem die Zahl der SchülerInnen und der LehrerInnen wie auch das zukünftige Profil der Schule betreffen. Am 5. Dezember 2000 fand die Sonder-sitzung des Kultur- und Bildungsausschusses statt. Wieder waren zahlreiche Gäste gekommen. Der Stadtrat machte auf rechtliche Probleme, die ein Aufschieben des Bezirksamtsbeschlusses mit sich bringt, aufmerksam. Problematisch ist vor allem, dass mit Beginn des neuen Jahres die SchülerInnen der zukünftigen 1. Klassen angemeldet werden müssen.

Auf den neuen Ausschuss für Schule und Sport wird in diesen Monaten eine sehr umfangreiche Arbeit zukommen. Die Mitarbeit der Bezirksverordneten ist gefragt. Sie müssen nun das Gespräch mit den Betroffenen suchen, mit ihnen die Positionspapiere durchgehen und mit dem neuen zuständigen Stadtrat eine Lösung finden. Die Entscheidung ist nur aufgeschoben, nicht aufgehoben.

Weitere Probleme für den Großbezirk werden sich erst manifestieren, wenn die gesamte Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für diesen vollzogen ist.

Erwartet werden diese Ergebnisse nicht vor 2002.



Karikatur:
Klaus Stuttmann
(entnommen aus
Tagesspiegel)

die Schülerzahlen sinken. Und so geschah es leider auch.

Unmittelbar betroffen sind im Grundschulbereich die Region der 6., 8. und 9. Grundschule, die Region der 15., 16., 17. und 18. Grundschule sowie die Region der 19. und 20. Grundschule. Auch im Ober-schulbereich stehen die Aufhebung der 2. Gesamtschule und die Aufhebung des Realschulstandortes Kastanienallee 82 an. Im Frühjahr 2000 wurden die Probleme der genannten Regionen im Kultur- und Bildungsausschuss an Hand der Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes diskutiert. Im November lag dann der Beschlussentwurf des Bezirksamtes auf dem Tisch. Nun regte sich die heftige Kritik aus der Eltern- und Lehrerschaft. In der November-Bezirksverordneten-versammlung wurden uns die ersten

Kalt und herzlos

Sie waren vor dem Krieg aus ihrer Heimatstadt Nis geflohen, der Kosovo-Albaner Alexander Djokic mit seiner jungen Familie. Im DRK-Heim in der Buchholzer Straße bewohnten sie zu sechst ein Zimmer. Sie lebten hier äußerst bescheiden mit ihren vier Kindern, davon eines noch ein Baby, der dreijährige Sohn schwer krank, geplagt von Fieberkrämpfen und epileptischen Anfällen.

Aber sie hatten ein Dach über dem Kopf, täglich eine warme Mahlzeit, wenn auch nicht immer nach ihrem Geschmack zubereitet, und sie hatten Gutscheine für den Einkauf lebenswichtiger Dinge. Das war Ende

1999. Ende 2000 sollte auch das zu Ende sein.

Am 29. Dezember schloss laut Pressemitteilung des Bezirksamtes das DRK seine beiden Sachleistungseinrichtungen in Pankow. Was soll werden aus den 60 Menschen, für deren Unterbringung Bezirke wie Reinickendorf, Wedding, Tiergarten, Prenzlauer Berg und Zehlendorf sich nicht mehr zuständig fühlten. Aushungern nach der gescheiterten Rückführungspolitik des Innensenators? Auf die kalte Straße setzen? Kein Geld, kein Obdach, keine medizinische Versorgung – die Folgen für die betroffenen Menschen sind dramatisch.

Und das alles geschieht in einem Rechtsstaat, einem sozialen und reichen dazu.

Pankows noch amtierende Bezirksbürgermeisterin Dr. Gisela Grunwald hat gegen das ungesetzliche Verhalten protestiert und von der Senatsverwaltung entsprechende Rechtsvorschriften verlangt. Den so schmachlich Behandelten hat sie Hilfe versprochen. „Obwohl wir für die Betreuung nicht direkt zuständig sind, werden wir sie dennoch unterbringen, da wir nicht hinnehmen können, dass sie auf der Straße leben und hungern.“

Wird diese Entscheidung ein letzter Strohalm für 60 rechtlose, arme Menschen? *Elfriede Schroth*

Milde Gabe

Wer kennt nicht die vielen Briefe, die man in seinem Briefkasten vorfindet und in denen um eine um eine milde Gabe gebeten wird, für Kriegsgräber in fernen Ländern, für kranke Kinder, für Kinder- und Jugendprojekte, für die unsere reiche Bundesrepublik kein Geld übrig hat.

Einen Brief erhielt kürzlich auch Dr. med. Soundso, Arzt für Allgemeinmedizin im Prenzlauer Berg. Der Absender war Ingo Schmitt, Mitglied des Europäischen Parlaments und „Der Generalsekretär“

der CDU 100% Berlin. Dieser vermutet offenbar bei Ärzten dicke Knete und bittet Dr. Soundso um „persönliche Unterstützung“. Eine solche könne man durch „Eintritt als Mitglied in die CDU“, durch „finanzielle Unterstützung oder durch beides dokumentieren“. Ingo Schmitt sagt auch, warum die CDU Berlin die milden Gaben einsammeln möchte: „Die sich mehrenden Anzeichen rot-roter Annäherung - wie unlängst in Friedrichshain/Kreuzberg – sind ... beunruhigend und

gefährden die Fortführung einer erfolgreichen Hauptstadtentwicklung.“ Dagegen will Schmitt gemeinsam mit Dr. med. Soundso das „Rückgrat unserer bürgerlichen Gesellschaft gestalten.“

Leider sagt „Der Generalsekretär“ nichts zu den hochgestellten Spendern für die Bundes-CDU. Und so läßt er den Dr. med. im Dunkeln, mit wem dieser so in einer Reihe von Spendern für die CDU stehen würde, absendermäßig und der Höhe nach.

(Der Brief liegt der Redaktion vor)

Achtung: Glosse!

Kiez-Notizen

■ Mit dreifacher Kraft und gut abgestimmt laufen die Vorbereitungen der zusammengeführten Volkshochschulen unseres Großbezirks zum Semesterbeginn am 19. Februar. Die regionalen Lehrstätten bleiben erhalten: Schulstraße 29 (Pankow), Bizetstraße 64 (Weißensee), Prenzlauer Allee 227/228 (Prenzlauer Berg), einschließlich der Telefon-/Faxnummern sowie für Auskünfte und Anmeldungen.

■ „Wandel von Wertorientierungen bei Jung und Alt“ ist das Thema der traditionellen kostenfreien Sonntagsvorlesung im Rathaus Pankow

am 25. Februar, 10 Uhr. Dozent: Dr. phil. Edgar Piel, Sozialforscher und Presseleiter am Institut für Demoskopie Allensbach.

■ Volles Haus zum 27. Geburtstag des Panke Museums in den denkmalgeschützten Räumen Heynstraße 8 am 4. Januar. Herzlichst begrüßter Ehrengast war Rudolf Dörrier, Jahrgang 1899, ehemaliger Bibliotheksleiter, Chronist, im Rentenalter ab 1965 Gründer des Museums und dessen Leiter bis 1990. „Ich werde alles tun, um dieses Haus im Großbezirk zu erhalten“, versicherte der neu für Kultur zuständige Stadtrat

Burkhard Kleinert (PDS). Der 101jährige Dörrier signierte die Neuausgabe seiner 1949 erschienenen „Kleinen Chronik“. Das fast einmalige Zeitdokument gibt es bei Panko-Press, Antiquariat Anne Posch, Görschstraße 2 und in weiteren Buchhandlungen.

■ Um den Bewohnern von Französisch Buchholz Amtswege zu verkürzen, wird demnächst ein Bürgerbüro im Ortsteil eingerichtet. Im Standort-Gespräch ist u.a. das Ärztehaus Haupt-/Ecke Parkstraße. Das Büro in der Karower Busonistraße ist auch für Buch zuständig. *m.w.*

Das Rathaus in der Breite Straße

Bald 100 Jahre vor Ort

Ein Maßstab für die Gebäude im Pankower Stadtkern ist auch heute noch der Rathausturm. Baumeister Wilhelm Johow, der das „Hohe Haus“ für die um die Wende zum 20. Jahrhundert auf 21.000 Einwohner angewachsene Gemeinde Pankow projektierte, strebte hoch hinaus. Als dann am 22. April 1903 die Feierlichkeiten zur Einweihung stattfanden, mussten die Honoratioren ordentlich die Hälse recken – die Turmspitze hatte die Höhe von 50 Metern. Jahre später schrumpfte sie nach einer Sturm-Reparatur um ein Geringes, was den Einwohnern aber auf Anhieb gar nicht auffiel. Schlimmer traf es sie, dass der Turm während des Weltkriegs 1914/

18 sein Kupferdach verlor. Die kostbaren Platten wurden „zu patriotischen Zwecken“ abgedeckt und durch Ziegel ersetzt.

Im Zeitgeschmack, der sich an historischen Baustilen orientierte, wurde das Rathaus am West-Ende des alten Dorfbanners in markantem roten Klinkerverblendbau als Rotes Rathaus im Kleinen, wie es in Berlin mehrere gibt, errichtet. Der Baugrund kostete 1901 die Gemeinde 102.000 Mark, die gesamten Baukosten kamen am Ende auf 560.000 Reichsmark, was damals eine gehörige Stange Geldes ausmachte. Pankower Extras waren die in Natursandstein gehauenen vier Bürgertugenden Arbeit, Gerechtigkeit, Mildtätigkeit, Treue, die aus den neun Meter über Straßenniveau thronenden Fassadennischen hinabschauen. Die „Treue“ entschwand im Zweiten Weltkrieg auf Nimmerwiedersehen und wurde 1987 von Bildhauer Jürgen Klimes nachgebildet.

Vom Einweihungstag berichtet die Chronik unter anderem, dass die Gattinnen der rund 100 Ehrengäste beim Schmausen im Ratssaal von der Presse-Balustrade zuschauen

durften. Die bei der Fete damals und auch später hochgelobte Ratskeller-Gastronomie bietet derzeit wieder einmal bei geschlossenen Türen nur noch vage Hoffnungen auf Gastlichkeit.

Auch das neue Rathaus wurde bald zu eng. 1918/20 entstand ein erster Anbau, 1927/29 die Erweiterung in der Neuen Schönholzer Straße als harmonisierender Klinkerbau. In historischer Anpassung erhielt 1979 das von Ludwig Hoffmann (Berliner Stadtbaurat 1896-1924) geschaffene Trauzimmer aus dem niedergerissenen Fischerkiez in Mitte im Rathaus Pankow seine angemessene Bleibe. 1983/85 erfolgte die originalgetreue Renovierung von Treppenhaus, Foyers, anschließender Halle.

Als eines der wenigen Amtsgebäude, die den Krieg fast unbeschadet überstanden hatten, fand im Rathaus Ende Oktober 1947 der Prozess gegen den Kommandanten des Nazi-Konzentrationslagers Sachsenhausen und 15 schwer belastete Bewacher vor einem sowjetischen Militärgericht statt. Daran erinnert eine Tafel im Eingangsbereich.

-ski

Zeichnung:
Monika Köpp



Termine

27. Januar
18 Uhr Lichterkette und Kundgebung Berliner / Ecke Hadlichstraße (S- und U-Bhf. Pankow) zum Gedenken an die Opfer des Faschismus, danach gegen
20 Uhr ökumenische Andacht in der Pankower Pfarrkirche (Breite Str.)

30. Januar
16 Uhr Stilles Gedenken an die Opfer des Faschismus: Stele neben Frei-Zeit-Haus Weißensee, Pistoriusstraße 23 und Ossietzkydenkmal in der Ossietzkystraße
18 Uhr Bezirksvorstand in der Geschäftsstelle Berlin Drei

31. Januar
17.30 Uhr BVV, Fröbelstraße 17

3. Februar
14 Uhr Antifa-Demo gegen Bundeszentrale der REP vom U- und S-Bhf. Schönhauser Allee nach Pankow

7. Februar
17.30 Uhr Basistag Ortsverband Weißensee im Treffpunkt Links

13. Februar
16 Uhr Grundrechte in der EU, mit Manfred Müller (MdB) im Treffpunkt Links

17. Februar
10.30 Uhr Brunch für Jung(geblieben)e der PDS Berlin Drei

20. Februar
18 Uhr AG Politische Bildung in der Geschäftsstelle

23. Februar
17 Uhr Hauptversammlung der PDS Berlin Drei im BVV-Saal, Fröbelstraße 17

28. Februar
19 Uhr Informationen, Meinungsaustausch, Näschereien zu Polen, Umweltbüro Weißensee